



Behinderten**A**rbeitsgemeinschaft
Kreis **S**oest

Jahresbericht

Mai 2021 bis Mai 2022

BAKS
Caterina David
Paul-Werth-Weg 16
59494 Soest

Telefon 0 29 21 - 66 680
Email: cata.david@freenet.de
Homepage: www.baksimnetz.de

Inhaltsverzeichnis

- Einleitung**
- Politische Teilhabe – zukünftige Wege**
- Selbsthilfe und Migration**
- Zwischen Teilhabe und Fürsorge**
- Vortrag über die Fotografin Marie Viegner**
- Zusammenarbeit mit der Stadt Soest**
- Zusammenarbeit mit dem Kreis Soest**
- Fazit**

Einleitung

Seit dreißig Jahre setzt sich jetzt die Behinderten-Arbeitsgemeinschaft Kreis Soest (BAKS) für die Belange der Menschen mit Behinderung im Kreis Soest ein. Dabei versteht sie sich vor allem als Sprachrohr der Betroffenen und der Selbsthilfe gegenüber der Verwaltung und der Politik. Dieses Jubiläum war für uns nicht nur Anlass zu feiern, sondern auch mit verschiedenen Veranstaltungen auf unterschiedliche Aspekte unserer Arbeit öffentlich aufmerksam zu machen. Deshalb werde ich anders als in den Vorjahren diesen Jahresbericht anhand der Veranstaltungen gliedern und auch thematisch auf die einzelne Veranstaltungen noch einmal eingehen.

Für die eigentliche Feier Ende August 2022 haben wir mit dem Innenhof des Rathauses Soest bewusst einen Ort mitten in der Altstadt Soest gewählt. Mit dieser Wahl möchten wir unterstreichen, dass wir Teil der Bürgerschaft des Kreises Soest sind. Außerdem möchten wir so vielen Bürgern die Möglichkeit geben, uns in einer zwanglosen Atmosphäre kennen zu lernen, sozusagen Inklusion zwischen Würstchen und Musik.

Auch die Arbeit der BAKS geschieht nicht im luftleeren Raum. So waren wir selbstverständlich auch von den Folgen der Pandemie und die daraus resultierenden Maßnahmen betroffen. In der Praxis hieß dies vor allem konkret, dass wir unsere Sitzungen zumeist nicht mehr in Präsenz abhalten konnten, sondern nur noch in digitaler Form. War dies am Anfang der Pandemie, im Frühjahr 2020, oftmals noch mit großen Schwierigkeiten verbunden, wurde es im Verlauf der Pandemie immer routinierter, so dass wir inzwischen auch die Vorteile diese Sitzungsform kennen gelernt haben. Dies gilt besonders im Winter, in dem es für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen oft schwierig ist, das Haus zu verlassen. Andererseits ist uns durch die Pandemie und ihre Folge noch einmal besonders deutlich geworden, wie wichtig inzwischen ein barrierefreies Internet ist.

Da ich schon in meinem letzten und auch vorletzten Jahresbericht ausführlich auf die besonderen Probleme der Menschen mit Behinderung in der Pandemie eingegangen bin, verweise ich an dieser Stelle auf diese beiden Berichte.

Ich merke hier an, dass das Institut für Menschenrechte, den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf für die Neuregelung der Triage in einer aktuellen Pressemitteilung für sehr bedenklich hält. Diese Pressemitteilung liegt mir vor und kann auf Anfrage gern eingesehen werden. Dem von mir oben erwähnten Institut obliegt ausdrücklich die Überwachung der Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die staatlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Gebietskörperschaften

Seit 2021 ist unsere Arbeitsgemeinschaft vom Finanzamt Soest als gemeinnützig anerkannt.

Mit Frau Filomena Muraca-Schwarzer ist zum ersten Mal eine Betroffene die Stellvertreterin des Behindertenbeauftragten des Kreises Soest. Die BAKS begrüßt ausdrücklich diese Ernennung, zumal sie auch als Vorsitzende des Blindenvereins eng mit der Selbsthilfe im Kreis Soest verbunden ist. Das Referat des Behindertenbeauftragten ist eine weitere wichtige Schnittstelle zwischen Herrn Dr. Günther und der Selbsthilfe. Darauf werde ich im Verlauf dieses Jahresberichtes noch näher eingehen.

Politische Teilhabe – zukünftige Wege

Die **BehindertenArbeitsgemeinschaft Kreis Soest** (BAKS) versteht sich seit ihrer Gründung im Jahre 1992 als eine Vertretung der Menschen mit Behinderung gegenüber der Verwaltung und der Politik sowohl auf Kreisebene als auch in den Kommunen. Sie ist aus dem Arbeitskreis „Behinderung und Kommunalpolitik“, ein Zusammenschluss von Politiker von Bündnis 90 / Die Grünen hervorgegangen.

Dabei war es uns gemäß dem alten Spruch der Selbsthilfe „Nicht ohne uns über uns“ immer wichtig, dass wir uns selbst in den politischen Gremien, in denen es auch um unsere Belange geht (z.B. im Ausschuss für Bürgerangelegenheiten und Sozialwesen und im Stadtentwicklungsausschuss), vertreten. Dabei kann man sicherlich streiten, ob dies nur mit Rederecht oder auch mit Stimmrecht geschehen sollte. Aber man sollte darüber nachdenken, ob die Vertreter der BAKS analog der Ratsmitglieder bzw. der sachkundigen Bürger der Parteien eine Aufwandsentschädigung erhalten sollen.

Seit einigen Jahren gibt es in vielen Städten, auch in NRW, sogenannten Inklusionsbeiräte, die analog zu dem auch in Soest tätigen Integrationsbeirat zu sehen sind. Da sich die BAKS schon in ihrem Namen als eine kreisweit tätige Arbeitsgemeinschaft versteht, müsste ein solches Gremium auf der Kreisebene installiert sein, etwas, was es bis jetzt nur in sehr wenige Kreis gibt. Ein sogenannte Inklusionsbeirat setzt sich aus Vertretern der Politik, der Verwaltung und der Selbsthilfe zusammen und wäre somit, anders als die heutige BAKS, stärker in die politischen und verwaltungstechnischen Strukturen des Kreises eingebunden. Dies würde natürlich, so die Befürchtung einiger BAKS-Mitglieder, den Verlust der Unabhängigkeit bedeuten, ohne jedoch sicher stellen zu können, dass dies gleichzeitig ein Zuwachs an politischem Einfluss mitbrächte.

Diese Frage wollten wir mit einer Online – Debatte „ Politische Teilhabe – zukünftige Wege“, zu denen wir auch Vertreter von Inklusionsbeiräten aus anderen Städten eingeladen haben, vertiefen. Außerdem haben wir auch Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe (LAG) eingeladen, die sich schon seit Jahren auch in verschiedenen Projekten um eine

Stärkung der Betroffenen speziell auf diesem Gebiet bemüht.

Die Erfahrungen aller waren durchweg positiv. Immer wieder berichteten sie davon, dass der politische Einfluss der Selbsthilfe in den jeweiligen Kommune durch den Inklusionsbeirat größer geworden ist.

Insgesamt kann man den Schluss ziehen, dass durch dieses Gespräch deutlich geworden ist, dass eine Veränderungen der Strukturen manches auch inhaltlich in Bewegung setzen kann und sei es durch die Tatsache, dass die Mitarbeit in einem solchen Gremium vermutlich verbindlich wäre als in einer Arbeitsgemeinschaft. Die BAKS wird sich im Herbst, nach Abschluss des Jubiläums, noch einmal intensiver mit dieser Thematik beschäftigen.

Selbsthilfe und Migration

Viele Menschen mit Behinderungen engagieren sich mittlerweile in Selbsthilfegruppen, auch um psychisch als auch sozialrechtlich mit ihrer Behinderung bzw. ihrer chronischer Erkrankung zurecht zu kommen. Klassischerweise geht es den meisten erst einmal darum, mit anderen Betroffenen ins Gespräch zu kommen, auch aus ihre Erfahrung heraus, dass ihre nähere Umgebung, Familie bzw. Freundeskreis, oft sehr unverständlich auf ihre Situation reagieren. Auch im Kreis Soest gibt es eine reichhaltige Selbsthilfelandchaft. Eine gute Adresse für Menschen, die entweder selber eine Selbsthilfegruppe gründen möchten oder eine passende Gruppe suchen, ist die Kontakt – und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen des Kreises Soest, besser bekannt als KISS. Ansprechpartnerinnen und ihre Kontaktdaten findet man auf der Homepage des Kreises Soest.

Bei Untersuchungen hat man aber festgestellt, dass sich hauptsächlich Deutsche in Selbsthilfegruppen organisieren oder anders formuliert, dass nur sehr wenigen Menschen mit Migrationshintergrund den Weg in eine Selbsthilfegruppe finden und dies in einer Gesellschaft, in der fast jeder Vierte einen sogenannten Migrationshintergrund hat. Diese allgemeine Feststellung deckt sich mit den Erfahrungen der BAKS bzw. ihrer Mitgliedsorganisationen.

Bei einer der ersten Internetrecherche zu diesem bisher von uns vernachlässigten Thema stießen wir auf eine von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) konzipierte Wanderausstellung „Selbsthilfe und Migration“. Dadurch angespornt beschlossen wir, tiefer in das Thema auch mit Hilfe dieser Wanderausstellung einzusteigen.

Als Ausstellungsort für diese Ausstellung konnte das neue Stadtteilhaus Soester Süden gewonnen werden. Unsere Wahl fiel auch deshalb auf dieses städtische Gebäude, weil in seiner Nachbarschaft viele Menschen mit Migration leben.

Um dies alles thematisch zu vertiefen, haben wir gleichzeitig eine Veranstaltung mit einem Vortrag und anschließender Diskussion für den 28.04.2022 geplant. Für den Vortrag konnten wir durch die Vermittlung von Heinz-Werner Einhoff Frau Cornelia Kayser-Kauczor

gewinnen, die in ihre Praxis für Therapie und Supervision schon lange mit Menschen mit Migrationshintergrund arbeitet. Außerdem hat sie schon einige Aufsätze zu diesem Thema veröffentlicht. Bei der Planung dieser Veranstaltung konnten wir natürlich noch nicht wissen, wie aktuell dieses Thema durch den Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Flüchtlingsbewegung sein würde.

Frau Kayser – Kauczor zeigte in ihrem sehr interessanten Vortrag auf, dass Behinderungen in verschiedenen Kulturen unterschiedlich wahrgenommen werden. Umgang mit Behinderung ist weniger ein Problem der Kultur an sich, sondern eher eine Folge der unterschiedlichen Erfahrungen mit staatlichen Stellen. So ist nach meiner Ansicht die gut ausgebaute Selbsthilfestruktur in der Bundesrepublik auch das Ergebnis eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats, der in der deutschen Bevölkerung eher als ein in der Not helfender Staat wahrgenommen wird als einer, der unterdrückt.

So kann es, wie auch schon in der anschließenden Diskussion angeklungen, problematisch sein, hier von kulturellen Unterschieden zu reden. Wahrscheinlich wäre es genauer davon zu reden, dass es in Staaten mit anderen Regierungssystemen eine unterschiedliche Einstellung auch zu Behinderung gibt.

Die Selbsthilfebewegung in der Bundesrepublik ist mit Sicherheit auch eine Folge der Demokratisierung nach Ende des Zweiten Weltkrieges, aber auch der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt, dass es auch bei uns Zeiten gab, in denen das Thema Behinderung mit Scham besetzt war. Denn viele Familien, deren Angehörige im sogenannten Dritten Reich durch die Euthanasie umgebracht wurden, schwiegen auch noch lange nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aber natürlich entbindet uns dies alles nicht von der Verpflichtung, offener für Menschen mit Migration zu werden, z. B. durch eine enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeirats oder mit den Organisationen bzw. Vereine im Soester Süden.

Zwischen Teilhabe und Fürsorge – Behindertenpolitik im Umbruch

Die Frage, wie die deutsche Gesellschaft inklusiver wird, ist immer mal wieder Thema in der politischen Diskussion, aber wahrscheinlich weniger wichtig bei der konkreten Wahlentscheidung der Bürger. Nicht desto trotz war es uns vor der im Mai stattfindenden Landtagswahl wichtig mit den im Ostkreis Soest zur Wahl stehenden Kandidaten zu diskutieren, natürlich auch um ihnen unsere politischen Forderungen mit auf den Weg nach Düsseldorf zu geben

Diese Diskussion haben wir bewusst unter dem etwas provokanten Titel „zwischen Teilhabe und Fürsorge“ gestellt. Denn obwohl sich die BAKS seit ihrer Gründung die Inklusion der Menschen mit Behinderung auf die Fahnen geschrieben hat, bleibt die Frage, ob Menschen mit Behinderung nicht manchmal auch „Fürsorge“, um es einmal sehr provokant zu formulieren, benötigen.

Sehr deutlich wird diese manchmal sehr schwierige Gratwanderung beim Thema Schule. Natürlich sollte theoretisch das Schulsystem so gestaltet werden, dass jedes Kind, unabhängig von seiner Behinderungen, eine Regelschule besuchen kann. Dabei kann es nicht nur um den in der Diskussion oft zitierten Aufzug gehen, sondern auch und vielleicht sogar vor allem um die richtigen pädagogischen Maßnahmen. Diese müssen sicherstellen, dass die Regelschule jedem Kind mit einem Förderbedarf gerecht werden kann. Ob es in bestimmten Fällen besser wäre, wenn ein Kind in eine Förderschule gehen sollte, damit es gemäß seinen Fähigkeiten optimal gefördert werden kann, muss im Einzelfall geprüft werden.

Nach meiner sehr persönlichen Einschätzung, die sich aus eigenen Erfahrungen als eines der ersten Kinder, die schon in den siebziger Jahren integrativ in einer Regelschule beschult wurden, speist, ist unser Schulsystem noch lange nicht bereit, allen Kindern gerecht zu werden. Vielleicht wäre es bei der oft sehr hitzigen und mit sehr viel Emotionen geführten Diskussion für jeden Diskussionsteilnehmer immer mal wieder gut, sich bewusst zu machen, aus welchen Erfahrungen sich seine Einstellung speist.

Im weiteren wurde auch über die Wohnungspolitik diskutiert. Dabei war klar, dass die meisten anwesende Betroffene die

Wiedereinführung der sogenannten R-Quote befürworten würden. Diese Problematik des erschwinglichen Wohnraums wird auch durch eine rasante Steigerung der Miet- und Baupreise der letzten Jahre erschwert, die durch die Corona – Pandemie und den Ukraine Krieg noch gesteigert wurde.

Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde sehr hitzig diskutiert. So wurden von einigen Diskussionsteilnehmern die Werkstätte für Menschen mit Behinderung grundsätzlich abgelehnt. Alle Menschen, gleichgültig ob mit oder ohne Behinderung sollten Chancen auf dem sogenannten 1. Arbeitsmarkt haben. Ein Podiumsteilnehmer brachte die Idee der 2jährige Ausbildung in die Diskussion.

Am Ende der Diskussion gab es keine Einigung bei den wichtigsten Streitpunkten. Es war uns wichtig aufzuzeigen, wie viele Politikfelder angesprochen werden müssen, wenn man sich ernsthaft um eine Verbesserung der Situation der Menschen mit Behinderung bemühen möchte. Auch war uns wichtig, dass es nicht den „Mensch mit Behinderung“ und seine Bedarfe gibt, sondern dass es sich hierbei um eine sehr heterogene Gruppe mit teilweise sehr unterschiedlichen Bedarfen handelt.

Vortrag über die Fotografin Marie Viegner

Die BAKS ist in ihrem Selbstverständnis eine Arbeitsgemeinschaft, die sich um die Probleme der Gegenwart kümmern möchte. Und doch gab es schon lange die Idee, eine Veranstaltung, sei es in Form einer Ausstellung oder eines Vortrages, zur Euthanasie zu machen, zumal es im Kreisgebiet mit den beiden LWL-Kliniken in Eickelborn und in Warstein zwei große psychiatrische Kliniken gibt. Dabei war uns natürlich immer wichtig, an die Opfer zu erinnern, zumal diese oftmals auch durch die eigene Familie im Nachkriegsdeutschland teilweise auch aus Scham verschwiegen wurden. Auch sind nur sehr weniger Täter für diese Taten juristisch zur Rechenschaft gezogen worden. So konnten z.B. Ärzte, die nachweislich an diesen Verbrechen beteiligt waren, nach 1945 ungehindert weiter praktizieren.

Wir fragen wir uns auch, welche damalige Denkmuster noch heute virulent sind.

Durch den Zufall, dass der Vorsitzende der Geschichtswerkstatt „Französische Kapelle“ zugleich Mitglied der BAKS ist, entstand die Idee gemeinsam mit der Geschichtswerkstatt eine derartige Veranstaltung zu organisieren. Als Rednerin konnten wir Frau Dr. Maria Perrefort, Kuratorin für Regionalgeschichte am Gustav-Lübke-Museum in Hamm gewinnen. Frau Dr. Perrefort hatte bei Recherchen über die in Soest bekannten Künstler Fritz und Eberhard Viegner entdeckt, dass deren Schwester Marie, die vor ihre Erkrankung an Schizophrenie 1933 als Fotografin gleichfalls künstlerisch tätig war, im Zuge der von den Nationalsozialisten durchgeführte Euthanasie im Jahre 1942 ums Leben gekommen ist. Da diese Veranstaltung nach dem Verfassen dieses Jahresbericht stattfindet, kann ich naturgemäß noch nicht zu ihrem Verlauf Stellung nehmen.

Zusammenarbeit mit der Stadt Soest

Neben den bereits beschriebenen Veranstaltungen wurde auch die politische Arbeit, z.B. die Mitarbeit im Stadtentwicklungsausschuss und im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Sozialwesen weitergeführt. Zudem haben wir verschiedene Stellungnahme für Bauprojekt in der Stadt Soest verfasst.

Bei den anstehenden Bauprojekten fällt der geplante Neubau oder genauer gesagt die Neupflasterung des Soester Marktplatzes aus dem Rahmen, zumal dies schon eine sehr alte Forderung nicht nur der BAKS, sondern auch vieler Soester Bürger ist. So war, trotz aller Diskussionen um die genaue Umgestaltung des Platzes, für Mitbeteiligten von Anfang an klar, dass der Platz rollstuhlgerecht umgestaltete bzw. gepflastert werden muss. Unstimmigkeiten gab es hingegen in der Frage, wo genau das Blindenleitsystem verlegt werden soll. Die ursprünglich von der Selbsthilfe und des Bewertungsgremium favorisierte Lösung, diesen quer über den Platz laufen zu lassen, wurde vom Architekt verworfen und durch eine Führung rund um den Platz ersetzt. Bei einem Gespräch zwischen dem Architekten, der Stadt Soest und der Selbsthilfe wurden diese beiden Lösungsansätze vor Ort diskutiert. Dabei einigte man sich auf den Vorschlag des Architekten.

Seit Mitte Mai gibt es in Soest eine Verleih von E-Scootern. Diesen Verleih sehen wir als BAKS kritisch, besonders für unsere blinden und sehbehinderten Mitglieder, für die ein falsch abgestellter E-Scooter eine Unfallgefahr darstellt. Da es sich laut Aussagen der Stadt Soest zunächst nur um eine Pilotphase handeln soll, nach deren Ende erst endgültig geklärt wird, ob der Verleiher in Soest bleiben darf oder nicht, fordern wir die Stadtverwaltung auf, den Bürgern per Telefon bzw. per E-Mail die Möglichkeit zu geben, über Schwierigkeiten zu berichten.

Zusammenarbeit mit dem Kreis Soest

Wie schon in der Einleitung angedeutet, geschieht die Zusammenarbeit der BAKS mit dem Kreis Soest hauptsächlich durch das Referat. Dies ist ein Zusammenschluss zwischen dem Behindertenbeauftragten, seiner Stellvertreterin, des Büros des Behindertenbeauftragten und Vertretern der Selbsthilfe mit einer eigenen Satzung. Das Referat soll den Behindertenbeauftragten bei seiner Arbeit unterstützen und kann ihn gegebenenfalls in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten. Das Referat trifft sich regelmäßig, um über anstehenden Beschlüsse zu beraten und musste so auch in den letzten beiden Jahren auf das Internet ausweichen.

Daneben gibt es noch Sitzungen zu besonderen Themen, z.B. die Neugestaltung des Taxitarifes im Kreis Soest oder die barrierefreie Gestaltung des Öffentlichen Nahverkehrs.

Das Referat hat sich auch die Aufgabe gestellt, die Heftreihe „Behinderung im Fokus“ zu erstellen. Hier soll eine Behindertenart mit allen ihren Auswirkungen auf den Betroffenen vorgestellt werden. Dabei sollen neben Fachleuten, z.B. Lehrer, Therapeuten oder Mitarbeiter von Beratungsstellen vor allem auch die Betroffenen zu Wort zu kommen. Informationen über die Behinderung an sich und Kontaktadressen runden das Bild ab. Zuletzt ist im Januar 2022 Heft 3 Psychische Behinderungen erschienen. Das Heft liegt sowohl in digitaler als auch in gedruckter Form vor. Es kann durch das Büro des Behindertenbeauftragten des Kreises Soest bezogen werden.

Fazit

Auch im 30. Jahr ihres Bestehens geht der Behinderten-Arbeitsgemeinschaft die Arbeit nicht aus. Natürlich sind die heutigen Probleme andere als vor 30 Jahren. Vieles wurde einfacher, auch weil die Inklusion in den Köpfen vieler Nichtbehinderten angekommen ist. Außerdem gibt es gerade im Baubereich inzwischen Normen, die eingehalten werden müssen. Andere Probleme sind erst im Laufe der Jahre dazu gekommen, so die Forderung nach einem barrierefreien Internet.

Was nachdenklich stimmt, ist die abnehmende Bereitschaft vieler Bürger sich ehrenamtlich zu engagieren. Über die Gründe hierfür kann man naturgemäß nur spekulieren, betrifft dies doch nicht nur die Selbsthilfe sondern auch andere Organisationen wie die Kirche oder die politischen Parteien.

Die Frage, ob die BehindertenArbeitsgemeinschaft Kreis Soest eine erfolgreiche Arbeit vorweist, kann man sicherlich nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantworten. Vieles in Soest würde heute anders aussehen, wenn es die BAKS nicht gäbe, hier verweise ich auf die Rathausstraße. Anderes ist sicherlich „liegen geblieben“, so ist es nicht gelungen auch in den kleineren Gemeinden im Kreisgebiet eine streitbare Selbsthilfe aufzubauen.

Eines ist klar – die BAKS wird ihre wichtige Arbeit weiterführen.